

# Amtsblatt der Stadt Landshut

65. Jahrgang Nr. 12

Montag, 14. März 2022

Einzelpreis 1,75 €

**INHALTSVERZEICHNIS:** Neue Auflage des Landshuter Adressbuches 2022; Vollzug des BauGB; Fortschreibung des seit 03.07.2006 wirksamen Flächennutzungsplanes und Landschaftsplanes der Stadt Landshut mit Deckblatt Nr. 67 im Bereich „Auloh – Gnadenkirche“ hier: Ortsübliche Bekanntmachung der Anpassung im Wege der Berichtigung gem. § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB; Vollzug des BauGB; Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 07-90 „Östlich Reitfeld“ vom 24.02.2022 hier: Ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses gem. § 2 Abs. 1 BauGB und ortsübliche Bekanntmachung der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB; Vollzug des BauGB; Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 08-61 "Am Altenbacher Graben" vom 23.07.2020 i.d.F. vom 11.02.2022 hier: Ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses gem. § 2 Abs. 1 BauGB und ortsübliche Bekanntmachung der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB; Vollzug des BauGB; Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 10-5/10 „Nördlich der Autobahn A 92 – zwischen Klötzlmühlbach und Peterreuth“ vom 11.02.2022 hier: Ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses gem. § 2 Abs. 1 BauGB; Öffentliche Bekanntmachung der Baugenehmigung Bpl.Nr. B-2022-6; Öffentliche Bekanntmachung der Baugenehmigung Bpl.Nr. B-2021-282; Öffentliche Bekanntmachung der Baugenehmigung Bpl.Nr. B-2021-193; Öffentliche Bekanntmachung der Baugenehmigung Bpl.Nr. B-2022-34; Öffentliche Bekanntmachung der Baugenehmigung Bpl.Nr. B-2021-135; Zweckverband Landshuter Verkehrsverbund Bekanntmachung der Tagesordnung;

## Bekanntmachung

### Neue Auflage des Landshuter Adressbuches 2022

Die Adressbuchgesellschaft Ruf in München, die neben dem Landshuter Adressbuch auch für zahlreiche andere Städte Adressbücher auflegt, wurde beauftragt, im Frühjahr/Sommer 2022 in Zusammenarbeit mit der Stadt Landshut ein neues Adressbuch für Landshut herauszugeben.

Es enthält neben vielem Wissenswerten über die Stadt Landshut insbesondere die Anschriften aller Einwohner ab 18 Jahren, die in Landshut mit Wohnsitz gemeldet sind. Nicht eingetragen werden diejenigen Einwohner, die der Veröffentlichung im Adressbuch schriftlich **widersprochen** haben.

Des Weiteren wird das Adressbuch neben einem Behörden- und Vereinsteil auch einen Firmenteil enthalten, der Firmen, Gewerbe- und Handelstreibende sowie freiberuflich Tätige verzeichnet.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass jeder Einwohner und Gewerbetreibende verlangen kann, **nicht** im **Adressbuch 2022** zu erscheinen. Diese Anträge müssen bis **spätestens 08.04.2022** schriftlich bei der Stadt Landshut, Luitpoldstr. 29, 84034 Landshut eingegangen sein. Sie sind zum Einwohnerteil an das Bürgerbüro, hinsichtlich des Firmenteils an das Amt für öffentliche Ordnung und Umwelt zu richten. Entsprechende Formulare sind jeweils dort oder über die Website der Stadt Landshut erhältlich. Der Widerspruch hinsichtlich des Einwohnerteils kann auch online über das Bürgerserviceportal der Stadt unter [www.landshut.de](http://www.landshut.de), Sparte „Übermittlungssperren“, eingelegt werden.

Landshut, 23.02.2022  
Stadt Landshut

Alexander Putz  
Oberbürgermeister

-----

**Vollzug des BauGB;**  
**Fortschreibung des seit 03.07.2006 wirksamen Flächennutzungsplanes und Landschaftsplanes der Stadt**  
**Landshut mit Deckblatt Nr. 67 im Bereich „Auloh – Gnadenkirche“**

**hier: Ortsübliche Bekanntmachung der Anpassung im Wege der Berichtigung gem. § 13a Abs. 2 Nr. 2**  
**BauGB**

Die Fortschreibung des seit 03.07.2006 wirksamen Flächennutzungsplanes und Landschaftsplanes der Stadt Landshut durch Deckblatt Nr. 67 vom 08.10.2021 im Bereich „Auloh - Gnadenkirche“ durch Anpassung im Wege der Berichtigung gem. § 13a Abs. 2 Nr. 2 wurde vom Bausenat der Stadt Landshut am 08.10.2021 beschlossen.

Das Deckblatt Nr. 67 vom 08.10.2021 zum Flächennutzungsplan und Landschaftsplan liegt vom Tage dieser Bekanntmachung an während der üblichen Dienststunden im Baureferat, Amt für Stadtentwicklung, Stadtsanierung und Stadtplanung, Luitpoldstraße 29, 4. Stock, 84028 Landshut, zur Einsichtnahme bereit. Zusätzlich können die Unterlagen unter folgender Internetadresse eingesehen werden:

<http://www.landshut.de/bauleitplaene>

Auf Verlangen wird jedermann über dessen Inhalt Auskunft gegeben.

Mit dieser Bekanntmachung wird das Deckblatt Nr. 67 vom 08.10.2021 zum Flächennutzungsplan und Landschaftsplan der Stadt Landshut wirksam.

Gleichzeitig wird gem. § 215 Abs. 2 BauGB auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie die Rechtsfolgen hingewiesen.

Es werden deshalb nachfolgend die §§ 214 und 215 Abs. 1 BauGB im Wortlaut bekannt gegeben:

**§ 214**

Beachtlichkeit der Verletzung von Vorschriften über die Aufstellung des Flächennutzungsplans und der Satzungen; ergänzendes Verfahren

(1) Eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften dieses Gesetzbuchs ist für die Rechtswirksamkeit des Flächennutzungsplans und der Satzungen nach diesem Gesetzbuch nur beachtlich, wenn

1. entgegen § 2 Abs. 3 die von der Planung berührten Belange, die der Gemeinde bekannt waren oder hätten bekannt sein müssen, in wesentlichen Punkten nicht zutreffend ermittelt oder bewertet worden sind und wenn der Mangel offensichtlich und auf das Ergebnis des Verfahrens von Einfluss gewesen ist;

2. die Vorschriften über die Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung nach § 3 Absatz 2, § 4 Absatz 2, § 4a Absatz 3, Absatz 4 Satz 1 und Absatz 5 Satz 2, nach § 13 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 und 3, auch in Verbindung mit § 13a Absatz 2 Nummer 1 und § 13b, nach § 22 Absatz 9 Satz 2, § 34 Absatz 6 Satz 1 sowie § 35 Absatz 6 Satz 5 verletzt worden sind; dabei ist unbeachtlich, wenn bei Anwendung der Vorschriften einzelne Personen, Behörden oder sonstige Träger öffentlicher Belange nicht beteiligt worden sind, die entsprechenden Belange jedoch unerheblich waren oder in der Entscheidung berücksichtigt worden sind, oder einzelne Angaben dazu, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, gefehlt haben, oder bei Vorliegen eines wichtigen Grundes nach § 3 Absatz 2 Satz 1 nicht für die Dauer einer angemessenen längeren Frist ausgelegt worden ist und die Begründung für die Annahme des Nichtvorliegens eines wichtigen Grundes nachvollziehbar ist, oder bei Anwendung des § 4a Absatz 4 Satz 1 der Inhalt der Bekanntmachung und die auszulegenden Unterlagen zwar in das Internet eingestellt, aber nicht über das zentrale Internetportal des Landes zugänglich sind, oder bei Anwendung des § 13 Absatz 3 Satz 2 die Angabe darüber, dass von einer Umweltprüfung abgesehen wird, unterlassen wurde, oder bei Anwendung des § 4a Absatz 3 Satz 4 oder des § 13, auch in Verbindung mit § 13a Absatz 2 Nummer 1 und § 13b, die Voraussetzungen für die Durchführung der Beteiligung nach diesen Vorschriften verkannt worden sind;

3. die Vorschriften über die Begründung des Flächennutzungsplans und der Satzungen sowie ihrer Entwürfe nach §§ 2a, 3 Abs. 2, § 5 Abs. 1 Satz 2 Halbsatz 2 und Abs. 5, § 9 Abs. 8 und § 22 Abs. 10 verletzt worden sind; dabei ist unbeachtlich, wenn die Begründung des Flächennutzungsplans oder der Satzung oder ihr Entwurf unvollständig ist; abweichend von Halbsatz 2 ist eine Verletzung von Vorschriften in Bezug auf den Umweltbericht unbeachtlich, wenn die Begründung hierzu nur in unwesentlichen Punkten unvollständig ist;

4. ein Beschluss der Gemeinde über den Flächennutzungsplan oder die Satzung nicht gefasst, eine Genehmigung nicht erteilt oder der mit der Bekanntmachung des Flächennutzungsplans oder der Satzung verfolgte Hinweiszweck nicht erreicht worden ist.

Soweit in den Fällen des Satzes 1 Nr. 3 die Begründung in wesentlichen Punkten unvollständig ist, hat die Gemeinde auf Verlangen Auskunft zu erteilen, wenn ein berechtigtes Interesse dargelegt wird.

(2) Für die Rechtswirksamkeit der Bauleitpläne ist auch unbeachtlich, wenn

1. die Anforderungen an die Aufstellung eines selbständigen Bebauungsplans (§ 8 Abs. 2 Satz 2) oder an die in § 8 Abs. 4 bezeichneten dringenden Gründe für die Aufstellung eines vorzeitigen Bebauungsplans nicht richtig beurteilt worden sind;

2. § 8 Abs. 2 Satz 1 hinsichtlich des Entwickelns des Bebauungsplans aus dem Flächennutzungsplan verletzt worden ist, ohne dass hierbei die sich aus dem Flächennutzungsplan ergebende geordnete städtebauliche Entwicklung beeinträchtigt worden ist;

3. der Bebauungsplan aus einem Flächennutzungsplan entwickelt worden ist, dessen Unwirksamkeit sich wegen Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften einschließlich des § 6 nach Bekanntmachung des Bebauungsplans herausstellt;

4. im Parallelverfahren gegen § 8 Abs. 3 verstoßen worden ist, ohne dass die geordnete städtebauliche Entwicklung beeinträchtigt worden ist.

(2a) Für Bebauungspläne, die im beschleunigten Verfahren nach § 13a, auch in Verbindung mit § 13b, aufgestellt worden sind, gilt ergänzend zu den Absätzen 1 und 2 Folgendes:

1. (weggefallen)
2. Das Unterbleiben der Hinweise nach § 13a Abs. 3 ist für die Rechtswirksamkeit des Bebauungsplans unbeachtlich.
3. Beruht die Feststellung, dass eine Umweltprüfung unterbleiben soll, auf einer Vorprüfung des Einzelfalls nach § 13a Abs. 1 Satz 2 Nr. 2, gilt die Vorprüfung als ordnungsgemäß durchgeführt, wenn sie entsprechend den Vorgaben von § 13a Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 durchgeführt worden ist und ihr Ergebnis nachvollziehbar ist; dabei ist unbeachtlich, wenn einzelne Behörden oder sonstige Träger öffentlicher Belange nicht beteiligt worden sind; andernfalls besteht ein für die Rechtswirksamkeit des Bebauungsplans beachtlicher Mangel.
4. Die Beurteilung, dass der Ausschlussgrund nach § 13a Abs. 1 Satz 4 nicht vorliegt, gilt als zutreffend, wenn das Ergebnis nachvollziehbar ist und durch den Bebauungsplan nicht die Zulässigkeit von Vorhaben nach Spalte 1 der Anlage 1 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung begründet wird; andernfalls besteht ein für die Rechtswirksamkeit des Bebauungsplans beachtlicher Mangel.

(3) Für die Abwägung ist die Sach- und Rechtslage im Zeitpunkt der Beschlussfassung über den Flächennutzungsplan oder die Satzung maßgebend. Mängel, die Gegenstand der Regelung in Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 sind, können nicht als Mängel der Abwägung geltend gemacht werden; im Übrigen sind Mängel im Abwägungsvorgang nur erheblich, wenn sie offensichtlich und auf das Abwägungsergebnis von Einfluss gewesen sind.

(4) Der Flächennutzungsplan oder die Satzung können durch ein ergänzendes Verfahren zur Behebung von Fehlern auch rückwirkend in Kraft gesetzt werden.

## § 215

Frist für die Geltendmachung der Verletzung von Vorschriften

(1) Unbeachtlich werden

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,

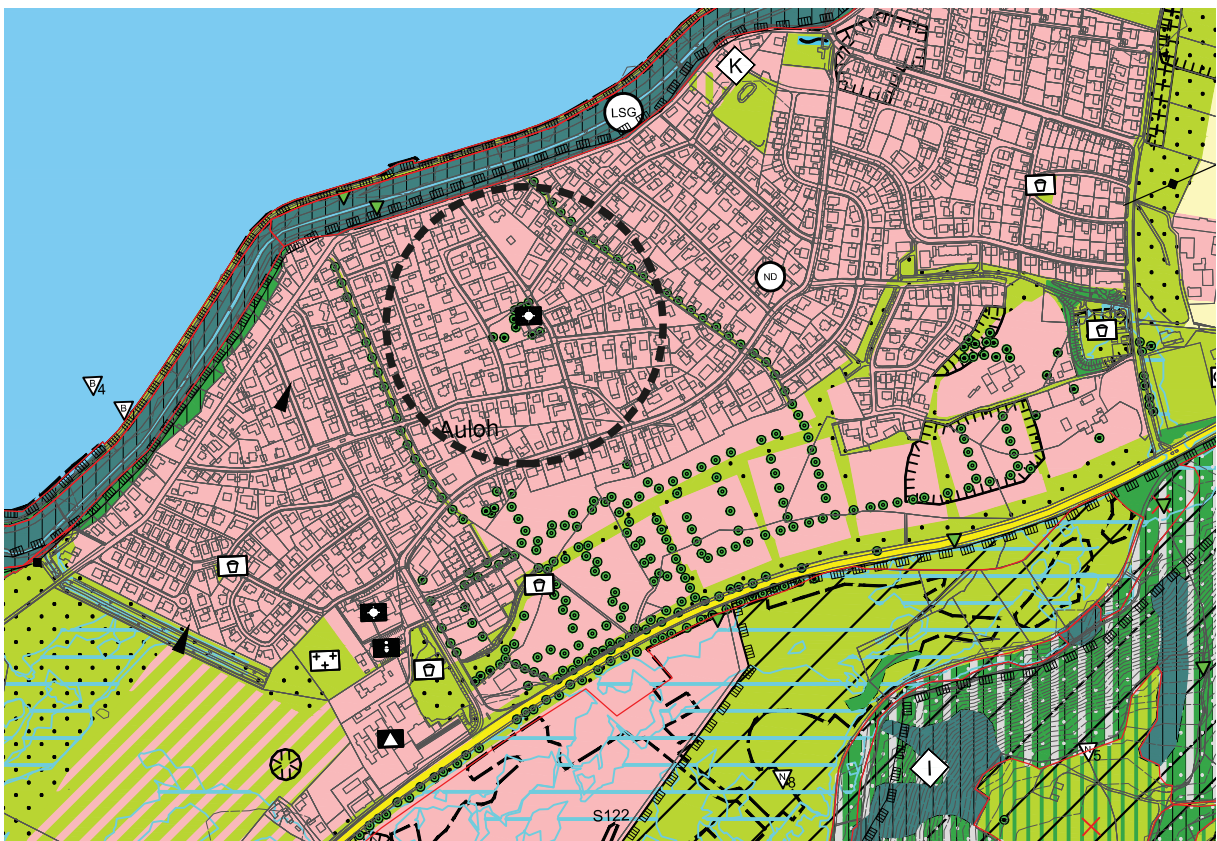
wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Flächennutzungsplans oder der Satzung schriftlich gegenüber der Gemeinde unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind. Satz 1 gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a beachtlich sind.

STADT LANDSHUT  
- Baureferat -  
Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung





Wirksamer Landschaftsplan



Änderung Landschaftsplan mit Deckblatt Nr. 67 im Bereich  
“Auloh - Gnadenkirche”





Wirksamer Flächennutzungsplan



Änderung Flächennutzungsplan mit Deckblatt Nr. 67 im Bereich  
"Auloh - Gnadenkirche"

# Legende Flächennutzungsplan

## Art der baulichen Nutzung (§5 Abs. 2 Nr.1 BauGB)

	Wohnbauflächen (§1 Abs. 1 Nr.1 BauNVO)
	Wohnbauflächen (§1 Abs. 1 Nr.1 BauNVO) langfristige Planungen
	Dorfgebiete (§5 BauNVO)
	Urbane Gebiete (§6a BauNVO)
	Mischgebiete (§6 BauNVO)
	Kerngebiete (§7 BauNVO)
	Gewerbegebiete (§8 BauNVO)
	Gewerbegebiete (§8 BauNVO) - langfristige Planungen
	Gewerbegebiete (§8 BauNVO) mit Funktion Dienstleistung
	Industriegebiete (§9 BauNVO)
	Industriegebiete (§9 BauNVO) - langfristige Planungen
	Sondergebiete (§11 BauNVO) mit Bezeichnung der Nutzung (z.B. EH = Einzelhandel)
	Landwirtschaftliche Betriebe im Außenbereich
	Bauliche Fehlentwicklungen im Außenbereich
	Bauliche Entwicklungen erst nach Durchführung von Hochwasserschutzmaßnahmen möglich
	Flächen für Bahnanlagen mit Umnutzungspotenzial

## Einrichtungen und Anlagen zur Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des öffentlichen und privaten Bereichs (§5 Abs. 2 Nr. 2 BauGB)

	Flächen für den Gemeinbedarf
Einrichtungen und Anlagen	
	Öffentliche Verwaltungen
	Schule
	Kirchen und kirchlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen
	Sozialen Zwecken dienende Gebäude
	Gesundheitlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen
	Kulturellen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtung
	Sportlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen
	Feuerwehr
	Kindergarten
	Sportanlagen

## Flächen für den überörtlichen Verkehr und für die örtlichen Hauptverkehrsströme (§5 Abs. 2 Nr. 3 und Abs. 4 BauGB)

	Autobahnen
	Bauverbotszone gemäß § 9 Abs. 1 Bundesfernstraßengesetz (40m)
	Anbaubeschränkungszone gemäß § 9 Abs. 2 Bundesfernstraßengesetz (100m)

## Hauptverkehrsstraßen und wichtige Erschließungsstraßen

	Bestand
	Planungen, vom Stadtrat beschlossen
	Planungen
	Trassenkorridore
	Vermerk: planfestgestellte Trasse
	Hinweis raumgeordnete Trasse B15 neu

	Flächen für ruhenden Verkehr
	geplante Park-and-Ride-Plätze
	Hofbergstunnel

	nachrichtliche Übernahme: Flächen für den Flugverkehr mit Kennzeichnung des beschränkten Bauschutzbereiches gem. §17 LuftVG (Radius 1,5 km)
	geplante Brücke bzw. Unterführung (Fuß- und Radwege)

## Ergänzung des Schienennetzes

	geplanter Haltepunkt
--	----------------------

## Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung sowie für Ablagerungen (§5 Abs. 2 Nr. 4 und Abs. 4 BauGB)

	Zweckbestimmung
	Elektrizitätswerk
	Umspannwerk
	Schallhaus
	Wasserbehälter
	Pumpwerk
	Wasserwerk
	Brunnen
	Kläranlage
	Gas
	TV-Umsetzer

## Hauptversorgungsleitungen (§5 Abs. 2 Nr. 4 und Abs. 4 BauGB)

	220 kV - Freileitung / 110 kV-Freileitung
	20 kV - Freileitung / 20 kV-Freileitung
	Erdgas
	Funkfeld, TV - Umsetzer
	Abbau- und Auffüllungsflächen, Nachfolgenutzungen
	Abbau- und Auffüllungsflächen, Nachfolgenutzungen Planung

## Grünflächen (§5 Abs. 2 Nr. 2 und 5 BauGB)

	Gliedernde und abschirmende Grünflächen
	Parkanlage
	Dauerkleingärten
	Sportplatz
	Spielplatz
	Zeltplatz
	Badeplatz, Freibad
	Friedhof
	Bauflächen mit Grünfunktion
	Naherholungsgebiet (ehem. Müllberg)

## Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses (§5 Abs. 2 Nr. 7 BauGB)

	Still- und Fließgewässer
	Wasserschutzgebiet (nachrichtliche Übernahme Wasserwirtschaftsamt)
	Überschwemmungsgebiet HQ <sub>100</sub> (nachrichtliche Übernahme Wasserwirtschaftsamt)
	Hochwasserrisikogebiet HQ <sub>1000</sub> (nachrichtliche Übernahme Wasserwirtschaftsamt)
	Quellen
	Regenwasserrückhaltebecken

## Flächen für die Landwirtschaft und Wald (§5 Abs. 2 Nr. 9 und 10 BauGB)

	Waldfläche
	Bei nicht anderweitiger Nutzung für eine Aufforstung vorrangig zu prüfen
	Acker- und Grünlandflächen
	Erwerbsgärtnerei

## Waldfunktionen (nachrichtliche Übernahme Wald funktionsplan)

	Flächenhafte Darstellung
	Sichtschutz/Schallschutz
	Immissionsschutz
	Klima (Erhaltung einer spezifischen Ausprägung)
	Biotopschutz (Ökopschutz)
	Verbesserung/Erhaltung des Landschafts- bzw. Ortsbildes, Umgebungsschutz von Denkmälern































































































































## Schutzgebiete und Schutzgebietsvorschläge (§5 Abs. 2 Nr. 10 BauGB) Bestand Planung

	Umgrenzung von Schutzgebieten und Schutzobjekten im Sinne des Naturschutzes	
	Naturschutzgebiet	
	Landschaftsschutzgebiet	
	Naturdenkmal	
	Geschützter Landschaftsbestandteil	
	Bannwald (gemäß Regionalplan Region 13 Landshut)	
	Gebiete nach der Fauna-, Flora-, Habitat (FFH) - Richtlinie (gemäß Bay. SIMLU)	
	Gartendenkmal gemäß Art. 1 Abs. 2 BayDSchG	

## Sonstige Vermerke, Kennzeichnungen und Nachrichtliche Übernahmen

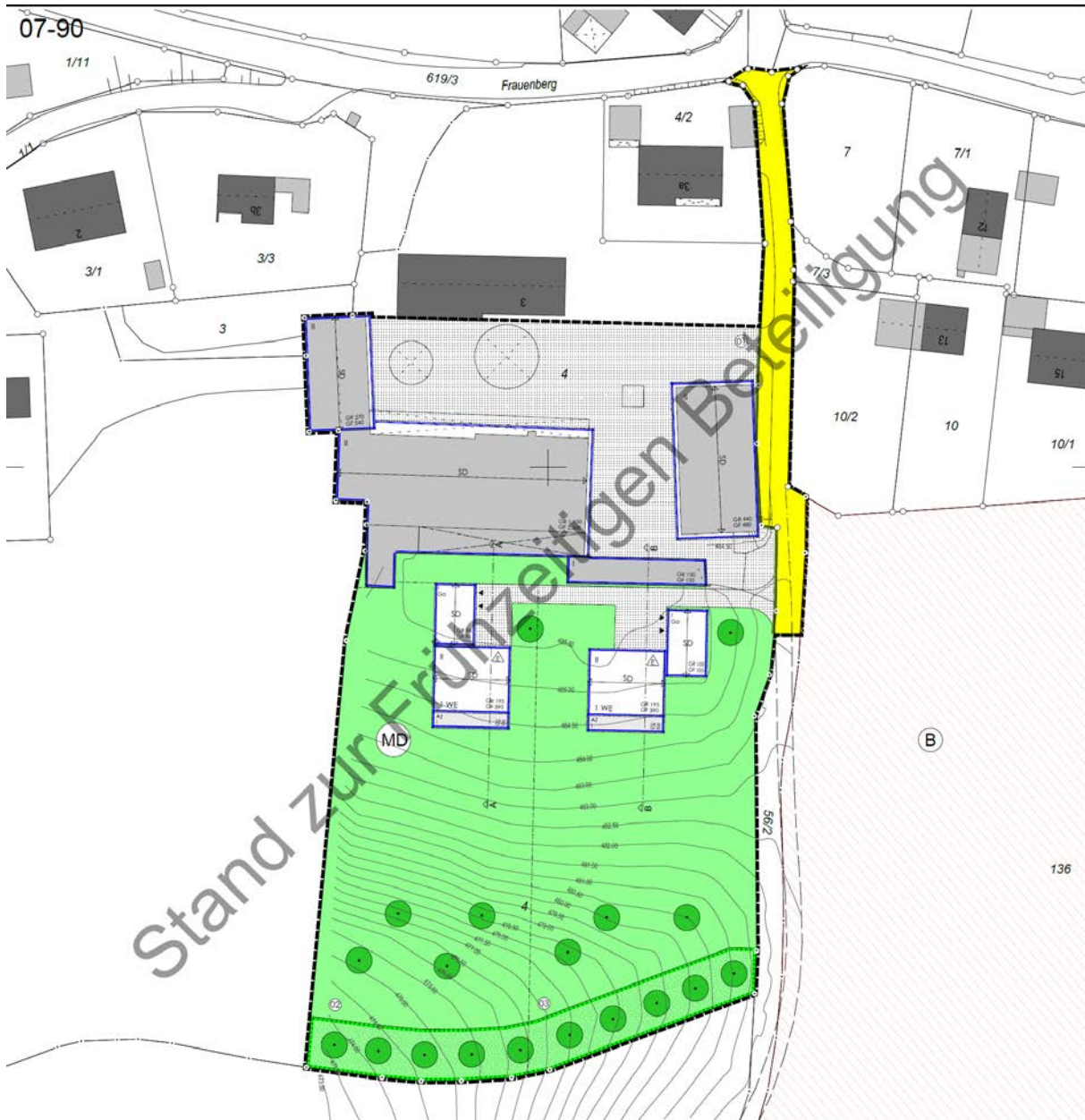
	Grenze des räumlichen Geltungsbereichs
	Höhenlinien
	Flurgrenze
	Umgrenzung von Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft
	Flächen für Bahnanlagen
	bestehender Hauptbahnhof / Bahnhof
	Bodendenkmäler, flächenhafte Darstellung
	Bodendenkmäler (Bay. Landesamt für Denkmalpflege)
	Geotope (Bay. Geologisches Landesamt)
	Umgrenzung von Altlastenflächen mit einem großräumigen Grundwassertrichter (§5 Abs. 3 BauGB) (nachrichtliche Übernahme Amt für techn. Umweltschutz und Ordnungsgem.) Die Kennzeichnung dient als Warnhinweis und hebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit.
	Flächen, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind, Flächengröße unter 1000 m² (nachrichtliche Übernahme Amt für techn. Umweltschutz und Ordnungsgem.)
	Flächen, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind, Flächengröße ab 1000 m² (nachrichtliche Übernahme Amt für techn. Umweltschutz und Ordnungsgem.)
	Betriebe, die aufgrund ihrer Art im Umfeld zu erheblichen Belastungen durch Emissionen (Lärm und Luftschadstoffe) führen können. Daraus können sich im Umfeld Nutzungsbeschränkungen ergeben (Einwohlergründung)
	Hinweis auf erwünschte Stärkung von Zentrumsfunktionen
	Umgrenzung von Gesamtanlagen (Ensembles), die dem Denkmalschutz unterliegen (§5 Abs. 4m §9 Abs. 6 BauGB)
	Sanierungsgebiet (nach BauGB, Besonderes Städtebaurecht)
	Umgrenzung der Flächen für Nutzungsbeschränkungen oder für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umweltauswirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (§5 Abs. 2 Nr. 6 und Abs. 4 BauGB)
	Bereiche, die einer planerischen Vertiefung bedürfen

# Legende Landschaftsplan

	Siedlungsfläche				
<b>Einrichtungen und Anlagen zur Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des öffentlichen und privaten Bereichs (§ 5 Abs. 2 Nr. 2 BauGB)</b>					
	Öffentliche Verwaltungen				
	Schule				
	Kirchen und kirchlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen				
	Sozialen Zwecken dienende Gebäude				
	Gesundheitlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen				
	Kulturellen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtung				
	Sportlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen				
	Feuerwehr				
	Kindergarten				
	Sportanlagen				
<b>Flächen für den überörtlichen Verkehr und für die örtlichen Hauptverkehrszüge (§5 Abs. 2 Nr. 3 und Abs. 4 BauGB)</b>					
	Autobahnen				
	Bauverbotszone gemäß § 9 Abs. 1 Bundesfernstraßengesetz (40m)				
	Anbaubeschränkungszone gemäß § 9 Abs. 2 Bundesfernstraßengesetz (100m)				
<b>Hauptverkehrsstraßen und wichtige Erschließungsstraßen</b>					
	Bestand				
	Planungen, vom Stadtrat beschlossen				
	Planungen				
	Trassenkorridore				
	Vermerk: planfestgestellte Trasse				
	Hinweis raumgeordnete Trasse B15 neu				
	Flächen für ruhenden Verkehr				
	geplante Park-and-Ride-Plätze				
	Hofbergstunnel				
	nachrichtliche Übernahme: Flächen für den Flugverkehr mit Kennzeichnung des beschränkten Bauschutzbereiches gem. §17 LuftVG (Radius 1,5 km)				
	geplante Brücke bzw. Unterführung (Fuß- und Radwege)				
<b>Ergänzung des Schienennetzes</b>					
	geplanter Haltepunkt				
<b>Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung sowie für Ablagerungen (§ 5 Abs. 2 Nr. 4 und Abs. 4 BauGB)</b>					
	Zweckbestimmung				
	Elektrizitätswerk				
	Umspannwerk				
	Schalthaus				
	Wasserbehälter				
	Pumpwerk				
	Wasserwerk				
	Brunnen				
	Kläranlage				
	Gas				
	TV-Umsetzer				
<b>Hauptversorgungsleitungen (§ 5 Abs. 2 Nr. 4 und Abs. 4 BauGB)</b>					
	220 kV - Freileitung / 110 kV-Freileitung				
	20 kV - Freileitung / 20 kV-Freileitung				
	Erdgas				
	Funkfeld, TV - Umsetzer				
	Abbau- und Auffüllungsflächen, Nachfolgenutzungen				
	Abbau- und Auffüllungsflächen, Nachfolgenutzungen Planung				
<b>Grünflächen (§ 5 Abs. 2 Nr. 2 und 5 BauGB)</b>					
	Gliedernde und abschirmende Grünflächen				
	Parkanlage				
	Dauerkleingärten				
	Sportplatz				
	Spielplatz				
	Zeltplatz				
	Badeplatz, Freibad				
	Friedhof				
	Bauflächen mit Grünfunktion				
	Naherholungsgebiet (ehem. Müllberg)				
	Einzelbäume				
	Baumreihe				
<b>Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses (§ 5 Abs. 2 Nr. 7 BauGB)</b>					
	Still- und Fließgewässer				
	Wasserschutzgebiet (nachrichtliche Übernahme Wasserwirtschaftsamt)				
	Überschwemmungsgebiet HQ <sub>100</sub> (nachrichtliche Übernahme Wasserwirtschaftsamt)				
	Hochwasserrisikogebiet HQ <sub>1000</sub> (nachrichtliche Übernahme Wasserwirtschaftsamt)				
	Quellen				
	Regenwasserrückhaltebecken				
<b>Flächen für die Landwirtschaft und Wald (§5 Abs. 2 Nr. 9 und 10 BauGB)</b>					
	Waldfläche				
	Waldflächen, geschützt nach Artikel 13d BayNatSchG				
	landschafts- und Ortsbildprägende Gehölze				
	landschafts- und Ortsbildprägende Gehölze, geschützt nach Art. 13d BayNatSchG				
	Streuobstbestände				
	Acker- und Grünlandflächen				
	Erwerbsgartenbau				
	Bei nicht anderweitiger Nutzung für eine Aufforstung vorrangig zu prüfen				
<b>Waldfunktionen (nachrichtliche Übernahme Waldfunktionsplan)</b>					
	Flächenhafte Darstellung				
	Sichtschutz/Schallschutz				
	Immissionsschutz				
	Klima (Erhaltung einer spezifischen Ausprägung)				
	Biotope (Ökologische Schutz)				
	Verbesserung/Erhaltung des Landschafts- bzw. Ortsbildes, Umgebungsschutz von Denkmälern				
<b>Schützenswerte Kleinstrukturen</b>					
	Ungefasste Quellen, geschützt nach Art. 13d BayNatSchG				
	Natürliche oder naturnahe Bach- und Flußabschnitte, geschützt nach Art. 13d BayNatSchG				
	schützenswerte Kleinstrukturen, geschützt nach Art. 13d BayNatSchG				
	Mager- und Trockenstandorte, geschützt nach Art. 13d BayNatSchG				
	sonstige wertvolle Mager- und Trockenstandorte				
	Staudenfluren				
<b>Schutzgebiete und Schutzgebietsvorschläge (§ 5 Abs. 2 Nr. 10 BauGB)</b>					
	Umgrenzung von Schutzgebieten und Schutzobjekten im Sinne des Naturschutzes		<b>Planung</b>		
	Naturschutzgebiet				
	Landschaftsschutzgebiet				
	Naturdenkmal				
	Geschützter Landschaftsbestandteil				
	Nach Art. 13e BayNatSchG geschützte Flächen (kein Anspruch auf Vollständigkeit)				
	Nach Art. 13d BayNatSchG geschützte Fläche				
	Amtlich kartierte Biotope mit Flächennummern				
	Aus den Biotopflächen ausgeschlossene Bereiche				
	Zerstörte Biotopflächen				
	Bannwald (gemäß Regionalplan Region 13 Landshut)				
	Gebiete nach der Fauna-, Flora-, Habitat (FFH) - Richtlinie (gemäß Bay. StMLU)				
	Gartendenkmal gemäß Art. 1 Abs. 2 BayDSchG				
<b>Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft</b>					
	Nutzungsregelung				
	Bewirtschaftungsregelung				
	Handlungsverbote, Handlungseinschränkungen				
	Sicherungsvorkehrungen und -maßnahmen				
	Bepflanzungsmaßnahmen (kleinmaßstäblich)				
	Erhaltung von Vegetationsbeständen (kleinmaßstäblich)				
	Bezifferung einzelner Maßnahmen mit Bezug auf den Erläuterungsbericht				
	Erhaltung von Kleinstrukturen als Habitate und erlebniswirksame Elemente				
	Reaktivierung trockenengefallener Bachläufe				
	Förderung ökologischer Bewirtschaftungsregelung zum Schutz des Grund- und Oberflächenwassers				
	Biotopvernetzungsachsen, abgeleitet aus Kartierung und Vorgaben des Regionalplanes				
	Schwerpunktum für die Kompensation von Eingriffen in den Naturhaushalt				
	Naturerfahrungsräume				
<b>Sonstige Vermerke, Kennzeichnungen und Nachrichtliche Übernahmen</b>					
	Grenze des räumlichen Geltungsbereichs				
	Höhenlinien				
	Flurgrenze				
	Umgrenzung von Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft				
	Flächen für Bahnanlagen				
	bestehender Hauptbahnhof / Bahnhof				
	Bodendenkmäler, flächenhafte Darstellung				
	Bodendenkmäler (Bay. Landesamt für Denkmalpflege)				
	Geotope (Bay. Geologisches Landesamt)				
	Umgrenzung von Altlastenflächen mit einem großräumigen Grundwasserstand (§ 5 Abs. 3 BauGB) (nachrichtliche Übernahme Amt für techn. Umweltschutz und Ordnungsamt) (Die Kennzeichnung dient als Warnhinweis und erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit.)				
	Flächen, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind, Flächengröße unter 1000m² (nachrichtliche Übernahme Amt für techn. Umweltschutz und Ordnungsamt)				
	Flächen, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind, Flächengröße ab 1000m² (nachrichtliche Übernahme Amt für techn. Umweltschutz und Ordnungsamt)				
	Bereiche, die einer planerischen Vertiefung bedürfen				
<b>Maßstab 1 : 10 000</b>					
					
<div>0200500m</div>					



**Vollzug des BauGB:**  
**Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 07-90 „Östlich Reitfeld“ vom 24.02.2022**  
**hier: Ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses gem. § 2 Abs. 1 BauGB und ortsübliche**  
**Bekanntmachung der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB**



Der Bausenat der Stadt Landshut hat beschlossen, für das im abgedruckten Plan dargestellte Gebiet einen Bebauungsplan aufzustellen. Der Bebauungsplan erhält die

**Nr. 07-90**

und die Bezeichnung

**„Östlich Reitfeld“.**

Dies wird hiermit gem. § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt gemacht. Gleichzeitig wurde dem Vorentwurf des Bebauungsplanes im Grundsatz zugestimmt.

Für diesen Bebauungsplan, in den der Grünordnungsplan eingearbeitet ist, wird die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB durchgeführt. Die Darlegungsunterlagen können in der Zeit vom

**22.03.2022 bis einschl. 29.04.2022**

eingesehen werden. Die Öffentlichkeitsbeteiligung erfolgt aus Gründen der Gesundheitsvorsorge durch Schaufenster-Aushang im Bereich der Eingangsrampe des Stadtjugendamtes, Luitpoldstraße 29b, 84034 Landshut sowie in Abhängigkeit von Dauer bzw. Einhaltung der Zutrittsbeschränkungen zu den Rathäusern parallel beim Amt für Stadtentwicklung, Stadtsanierung und Stadtplanung, Luitpoldstraße 29, 4. Stock, 84034 Landshut, zu folgenden Dienststunden: Montag mit Donnerstag von 8.00 bis 12.00 Uhr und von 14.00 bis 16.00 Uhr, Freitag von 8.00 bis 12.00 Uhr. Zusätzlich können die Unterlagen im oben genannten Zeitraum unter folgender Internetadresse eingesehen werden:

Während dieser Frist besteht allgemein Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.

Des Weiteren liegt der Vorentwurf des Umweltberichtes gem. § 2 Abs. 4 und § 2a BauGB im gleichen Zeitraum mit aus. In diesem Vorentwurf wird die Planung beschrieben und die Ziele des Umweltschutzes, die für den Bauleitplan von Bedeutung sind, werden dargelegt. Eine Bestandsaufnahme der einschlägigen Aspekte des derzeitigen Umweltzustands sowie eine Beschreibung der Umweltauswirkungen der Planung und eine Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands sind ebenfalls Inhalt dieses Vorentwurfes. Darüber hinaus werden die Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen festgelegt.

Mit dem Umweltbericht liegt eine Vorprüfung zur speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung aus.

Stellungnahmen können während der genannten Frist vorgebracht werden. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben.

STADT LANDSHUT  
- Referat für Bauen und Umwelt -  
Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Stadtplanung

**Vollzug des BauGB:**  
**Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 08-61 "Am Altenbacher Graben" vom 23.07.2020 i.d.F. vom**  
**11.02.2022**  
**hier: Ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses gem. § 2 Abs. 1 BauGB und ortsübliche**  
**Bekanntmachung der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB**



Der Bausenat der Stadt Landshut hat beschlossen, für das im abgedruckten Plan dargestellte Gebiet einen Bebauungsplan aufzustellen. Der Bebauungsplan erhält die

**Nr. 08-61**

und die Bezeichnung

**"Am Altenbacher Graben".**

Dies wird hiermit gem. § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt gemacht. Gleichzeitig wurde dem Vorentwurf des Bebauungsplanes im Grundsatz zugestimmt.

Für diesen Bebauungsplan, in den der Grünordnungsplan eingearbeitet ist, wird die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB durchgeführt. Die Darlegungsunterlagen können in der Zeit vom

**22.03.2022 bis einschl. 29.04.2022**

eingesehen werden. Die Öffentlichkeitsbeteiligung erfolgt aus Gründen der Gesundheitsvorsorge durch Schaufenster-Aushang im Bereich der Eingangsrampe des Stadtjugendamtes, Luitpoldstraße 29b, 84034 Landshut sowie in Abhängigkeit von Dauer bzw. Einhaltung der Zutrittsbeschränkungen zu den Rathäusern parallel beim Amt für Stadtentwicklung, Stadtsanierung und Stadtplanung, Luitpoldstraße 29, 4. Stock, 84034 Landshut, zu folgenden Dienststunden: Montag mit Donnerstag von 8.00 bis 12.00 Uhr und von 14.00 bis 16.00 Uhr, Freitag von 8.00 bis 12.00 Uhr. Zusätzlich können die Unterlagen im oben genannten Zeitraum unter folgender Internetadresse eingesehen werden:

<http://www.landshut.de/bauleitplaene>

Während dieser Frist besteht allgemein Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.

Des Weiteren liegt der Vorentwurf des Umweltberichtes gem. § 2 Abs. 4 und § 2a BauGB im gleichen Zeitraum mit aus. In diesem Vorentwurf wird die Planung beschrieben und die Ziele des Umweltschutzes, die für den Bauleitplan von Bedeutung sind, werden dargelegt. Eine Bestandsaufnahme der einschlägigen Aspekte des derzeitigen Umweltzustands sowie eine Beschreibung der Umweltauswirkungen der Planung und eine Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands sind ebenfalls Inhalt dieses Vorentwurfes. Darüber hinaus werden die Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen festgelegt.

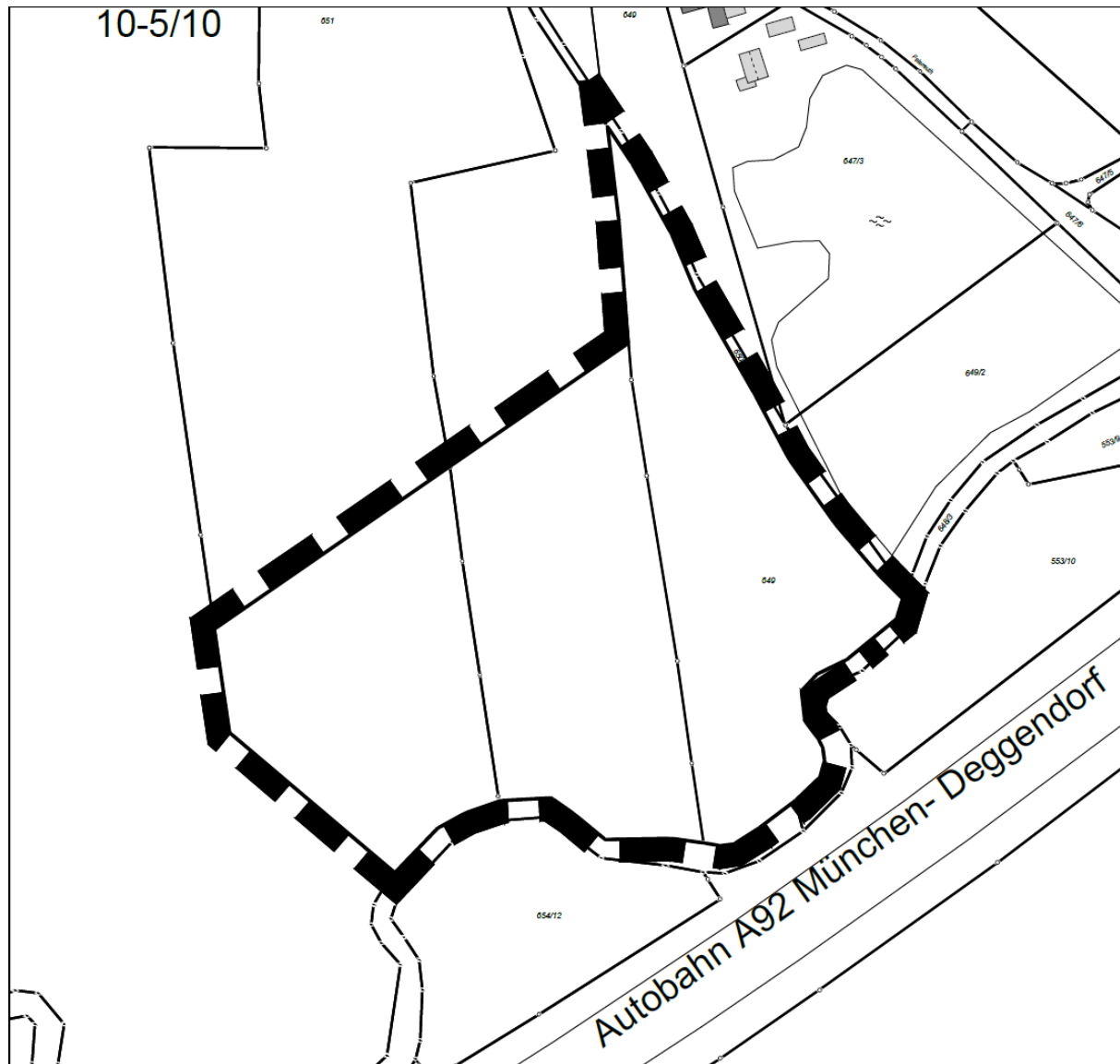
Stellungnahmen können während der genannten Frist vorgebracht werden. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben.

STADT LANDSHUT  
- Referat für Bauen und Umwelt -  
Amt für Stadtentwicklung, Stadtsanierung und Stadtplanung

-----



**Vollzug des BauGB:**  
**Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 10-5/10 „Nördlich der Autobahn A 92 – zwischen Klötzlmühlbach und Peterreuth“ vom 11.02.2022**  
**hier: Ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses gem. § 2 Abs. 1 BauGB**



Der Bausenat der Stadt Landshut hat beschlossen, für das im abgedruckten Plan dargestellte Gebiet einen Bebauungsplan aufzustellen. Der Bebauungsplan erhält die

**Nr. 10-5/10**

und die Bezeichnung

**„Nördlich der Autobahn A 92 – zwischen Klötzlmühlbach und Peterreuth“.**

Dies wird hiermit gem. § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt gemacht.

STADT LANDSHUT  
- Referat für Bauen und Umwelt -  
Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Stadtplanung

-----

## **Öffentliche Bekanntmachung der Baugenehmigung**

**Bpl.Nr. B-2022-6**

Mit Bescheid vom 21.02.2021 wurde dem Antragsteller, der Firma U2 Holding GmbH, die Baugenehmigung "Einbau eines Obergeschosses mit einer Büroeinheit in das best. alte Schlachthofgebäude und Neubau eines Metall-/Glas-Pavillons" auf dem Grundstück Fl.Nr. 949/1, Gem. Landshut, Stethaimerstraße 33, unter Nebenbestimmungen erteilt.

Nachdem mehr als 20 benachbarte Grundstückseigentümer im gleichen Interesse beteiligt sind, wird die Zustellung der Genehmigung durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt. Der Genehmigungsbescheid mit Plänen kann beim Bauaufsichtsamt der Stadt Landshut innerhalb der allgemeinen Dienststunden (Montag, Dienstag und Donnerstag von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr, Mittwoch von 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr) im Amtsgebäude, Luitpoldstraße 29, eingesehen werden.

### **Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage** erhoben werden bei dem

**Bayerischen Verwaltungsgericht in Regensburg**  
Haidplatz 1, 93047 Regensburg

schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form<sup>(\*)</sup>. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Stadt Landshut) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

#### Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- (\*) Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen! Nähere Informationen zur elektronischen Einlegung von Rechtsbehelfen entnehmen Sie bitte der Internetpräsenz der Bayerischen Verwaltungsgerichtsbarkeit ([www.vgh.bayern.de](http://www.vgh.bayern.de)).
- Kraft Bundesrechts wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.

STADT LANDSHUT  
Baureferat  
- Bauaufsichtsamt -

## **Öffentliche Bekanntmachung der Baugenehmigung**

**Bpl.Nr. B-2021-282**

Mit Bescheid vom 02.03.2022 wurde dem Antragsteller, Stadt Landshut, die Baugenehmigung "Neubau Feuerwehrrätehaus Löschzug 5, Hofberg" auf dem Grundstück Fl.Nr. 43/13, 43/14, Gem. Berg ob Landshut, Kalcherstraße 22, unter Nebenbestimmungen erteilt.

Nachdem mehr als 20 benachbarte Grundstückseigentümer im gleichen Interesse beteiligt sind, wird die Zustellung der Genehmigung durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt. Der Genehmigungsbescheid mit Plänen kann beim Bauaufsichtsamt der Stadt Landshut innerhalb der allgemeinen Dienststunden (Montag, Dienstag und Donnerstag von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr, Mittwoch von 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr) im Amtsgebäude, Luitpoldstraße 29, eingesehen werden.

### **Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage** erhoben werden bei dem

**Bayerischen Verwaltungsgericht in Regensburg**  
Haidplatz 1, 93047 Regensburg

schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form<sup>(\*)</sup>. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Stadt Landshut) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

#### Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- (\*) Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen! Nähere Informationen zur elektronischen Einlegung von Rechtsbehelfen entnehmen Sie bitte der Internetpräsenz der Bayerischen Verwaltungsgerichtsbarkeit ([www.vgh.bayern.de](http://www.vgh.bayern.de)).
- Kraft Bundesrechts wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.

STADT LANDSHUT  
Baureferat  
- Bauaufsichtsamt -

## **Öffentliche Bekanntmachung der Baugenehmigung**

**Bpl.Nr. B-2021-193**

Mit Bescheid vom 22.02.2022 wurde den Antragstellern, Frau und Herr Lili und Peter Baur, die Baugenehmigung "Errichtung eines Stadthauses" auf dem Grundstück Fl.Nr. 332/3, Gem. Landshut, Herrngasse 376 a, unter Nebenbestimmungen erteilt.

Nachdem mehr als 20 benachbarte Grundstückseigentümer im gleichen Interesse beteiligt sind, wird die Zustellung der Genehmigung durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt. Der Genehmigungsbescheid mit Plänen kann beim Bauaufsichtsamt der Stadt Landshut innerhalb der allgemeinen Dienststunden (Montag, Dienstag und Donnerstag von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr, Mittwoch von 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr) im Amtsgebäude, Luitpoldstraße 29, eingesehen werden.

### **Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage** erhoben werden bei dem

#### **Bayerischen Verwaltungsgericht in Regensburg**

Haidplatz 1, 93047 Regensburg

schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form<sup>(\*)</sup>. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Stadt Landshut) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

#### **Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:**

- (\*) Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen! Nähere Informationen zur elektronischen Einlegung von Rechtsbehelfen entnehmen Sie bitte der Internetpräsenz der Bayerischen Verwaltungsgerichtsbarkeit ([www.vgh.bayern.de](http://www.vgh.bayern.de)).
- Kraft Bundesrechts wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.

STADT LANDSHUT

Baureferat

- Bauaufsichtsamt -

---

## **Öffentliche Bekanntmachung der Baugenehmigung**

**Bpl.Nr. B-2022-34**

Mit Bescheid vom 03.03.2022 wurde den Antragstellern, Frau Gisela Kantner Gisela und Frau Elisabeth Ruhe, die Baugenehmigung "Errichtung von 5 STB-Garagen" auf dem Grundstück Fl.Nr. 1735, Gem. Landshut, Adalbert-Stifter-Straße 2, unter Nebenbestimmungen erteilt.

Nachdem mehr als 20 benachbarte Grundstückseigentümer im gleichen Interesse beteiligt sind, wird die Zustellung der Genehmigung durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt. Der Genehmigungsbescheid mit Plänen kann beim Bauaufsichtsamt der Stadt Landshut innerhalb der allgemeinen Dienststunden (Montag, Dienstag und Donnerstag von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr, Mittwoch von 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr) im Amtsgebäude, Luitpoldstraße 29, eingesehen werden.

### **Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage** erhoben werden bei dem

#### **Bayerischen Verwaltungsgericht in Regensburg**

Haidplatz 1, 93047 Regensburg

schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form<sup>(\*)</sup>. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Stadt Landshut) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

#### **Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:**

- (\*) Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen! Nähere Informationen zur elektronischen Einlegung von Rechtsbehelfen entnehmen Sie bitte der Internetpräsenz der Bayerischen Verwaltungsgerichtsbarkeit ([www.vgh.bayern.de](http://www.vgh.bayern.de)).
- Kraft Bundesrechts wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.

STADT LANDSHUT

Baureferat

- Bauaufsichtsamt -



## **Öffentliche Bekanntmachung der Baugenehmigung**

**Bpl.Nr. B-2021-135**

Mit Bescheid vom 22.02.2022 wurde dem Antragsteller, Caritas Verband e.V., die Baugenehmigung "Neubau St. Vinzenz - Sanierung Haus 1" auf dem Grundstück Fl.Nr. 785, Gem. Landshut, Marienstraße 4, unter Nebenbestimmungen erteilt.

Nachdem mehr als 20 benachbarte Grundstückseigentümer im gleichen Interesse beteiligt sind, wird die Zustellung der Genehmigung durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt. Der Genehmigungsbescheid mit Plänen kann beim Bauaufsichtsamt der Stadt Landshut innerhalb der allgemeinen Dienststunden (Montag, Dienstag und Donnerstag von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr, Mittwoch von 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr) im Amtsgebäude, Luitpoldstraße 29, eingesehen werden.

### **Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage** erhoben werden bei dem

#### **Bayerischen Verwaltungsgericht in Regensburg**

Haidplatz 1, 93047 Regensburg

schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form<sup>(\*)</sup>. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Stadt Landshut) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

#### Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- (\*) Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen! Nähere Informationen zur elektronischen Einlegung von Rechtsbehelfen entnehmen Sie bitte der Internetpräsenz der Bayerischen Verwaltungsgerichtsbarkeit ([www.vgh.bayern.de](http://www.vgh.bayern.de)).
- Kraft Bundesrechts wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.

STADT LANDSHUT  
Baureferat  
- Bauaufsichtsamt -

-----

## BEKANNTMACHUNG DER TAGESORDNUNG

am **Dienstag, den 15.03.2022**, um **14:00 Uhr**  
findet **im Landratsamt Landshut, großer Sitzungssaal**  
die **17. Verbandsversammlung des LAVV**  
mit folgender Tagesordnung statt:

- 1 Bericht über die Aktivitäten seit der 16. Verbandsversammlung**
- 2 Tarifmaßnahme 2022**
- 3 Jahresrechnung LAVV 2021**
- 4 Änderung Verbandssatzung LAVV**
- 5 Sonstiges**

Eine nichtöffentliche Sitzung ist nicht vorgesehen

Ausgehängt am:  
Abgehängt am:

Mit freundlichen Grüßen

Alexander Putz  
Vorsitzender des Zweckverbandes  
Landshuter Verkehrsverbund

-----